Stellungnahme der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen zu oppositionellen Gruppierungen

Nach der Razzia in den Räumlichkeiten der Berliner Zionskirche überwachte die Stasi neben dem Umfeld der Umweltbibliothek auch weitere Kirchengruppen, die der DDR vermeintlich feindlich gesinnt waren und forderte deren Bekämpfung.

Die Kirchen in der DDR boten innerhalb der realsozialistischen Diktatur einige Freiräume, die besonders junge Menschen für sich nutzten. Neben selbst bewirtschafteten Räumlichkeiten besaßen die Kirchen eine staatliche Druckgenehmigung, die sie zur Herausgabe eigener Publikationen ohne vorherige staatliche Zensur berechtigte. Im Umfeld der Kirchen entstanden neben der gegen Wehrunterricht und Aufrüstung gerichteten Friedensbewegung ab Ende der 70er Jahre auch Umweltgruppen in der DDR. Diese wandten sich gegen die zunehmende Umweltverschmutzung ihres Landes und versuchten, sich selbst Informationen zu Umweltthemen zu verschaffen, die der SED-Staat der Öffentlichkeit bewusst vorenthielt.

In der Ost-Berliner Zionsgemeinde befand sich mit der Umweltbibliothek (UB) ein Versammlungsort für Oppositionelle, der zunehmend ins Visier der Stasi geriet. Die UB ermöglichte nicht nur einen Zugang zu westlicher Fachliteratur, sondern hier fanden auch Veranstaltungen statt und ihre Mitglieder produzierten Zeitungen im Selbstverlag.

Unter dem Decknamen Aktion „Falle“ führte die Stasi in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 in der Umweltbibliothek eine Razzia durch. Geplant war, Aktivisten bei der Herstellung der nicht durch die kirchliche Lizenz gedeckten Oppositionszeitung „Grenzfall“ zu ertappen. Das Samisdatblatt wurde von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ publiziert, die die Staatssicherheit wegen ihrer kritischen Arbeit als illegal einstufte. Durch eine kurzfristige Planänderung wurde der Druck jedoch verschoben und die Stasi traf Mitglieder der Umweltbibliothek stattdessen beim Drucken der kircheneigenen „Umweltblätter“ an. Den Oppositionellen gelang es, westliche Medien über die Razzia zu informieren und durch Mahnwachen und Protestveranstaltungen den Bekanntheitsgrad der Umweltbibliothek in Ost und West zu erhöhen. Die Aktion „Falle“ durchkreuzte damit das eigentliche Vorhaben des MfS, die Verbreitung kritischer Positionen in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Die Abteilung für Staats- und Rechtsfragen des Zentralkomitees der SED analysierte die Aktivitäten der Bürgerrechtsbewegung im Umfeld der Umweltbibliothek im Hinblick auf ihr „feindlich-negatives“ Verhalten. Neben der Zionskirche fand in diesem Zusammenhang auch der Friedenskreis der Samariter-Kirche unter Pfarrer Eppelmann in Berlin-Friedrichshain Erwähnung. Insgesamt schätzte die Abteilung für Staats- und Rechtsfragen das Verhältnis von Staat und Kirche in Ost-Berlin als „stabil“ ein, da sich eine deutliche Mehrheit kirchlicher Amtsträger als staatstreu erweise. Der Einfluss der SED auf Kirchenleitungen sollte weiter verstärkt werden.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3656, Bl. 1-3

Metadaten

Diensteinheit: Abteilung für Staats- und Rechtsfragen
Urheber: ZK der SED
Datum: 1986 - 1987
Rechte: BStU

Stellungnahme der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen zu oppositionellen Gruppierungen

XX

Abt. für Staats- und Rechts-
fragen

BStU
000001

Seit September 1986 hat sich in den Räumen der Zionskirche Berlin-Mitte die sogenannte Umweltbibliothek etabliert.
Sie hat sich zum Anlauf-, Informations- und Koordinationszentrum politischer Untergrundtätigkeit entwickelt. Ihre Tätigkeit umfaßt ein breites Spektrum von Vorträgen mit mehreren 100 Teilnehmern bis zur Herstellung staatsfeindlicher Schriften ("Der Grenzfall", "Umweltblätter" u.a.). Die Angriffe unterstellen eine angebliche Mißachtung von Menschenrechten in der DDR und sind vim Kern auf die Forderung nach Veränderung der politischen Strukturen unserer Gesellschaft gerichtet.
Die führenden Kräfte der "Umweltbibliothek" unterhalten stabile Kontakte zu Personen und Einrichtungen in Berlin-West, besonders zu Massenmedien (Radio 100, SFB, Rias, taz u.a.).
Die Initiatoren sind gleichzeitig Organisatoren der "Kirche von unten", deren Aktivitäten sich sowohl gegen die Staatsmacht als auch gegen die Kirchenleitung richten.
Die Angriffe gegen die Kirchenleitung gipfeln in der Feststellung, daß diese nicht genügend Distanz zur sozialistischen Staatsmacht habe. Die "Kirche von unten" stellt den ernst zunehmenden Versuch dar, eine legale Organisationsform oppositioneller Kräfte unter Ausschließung disziplinierender Einflüsse der Kirchenleitung zu schaffen.
Ein weiterer Schwerpunkt des politischen Mißbrauchs kirchlicher Einrichtungen ist die Samariter-Kirche in Berlin-Friedrichshain. Der "Friedenskreis" der Samariter-Kirche besteht seit Oktober 1981 unter Leitung des für seine feindlichen Aktivitäten bekannten Pfarrers Eppelmann. Die politisch-ideologischen Angriffsrichtungen des "Friedenskreises" zielen vorrangig gegen die Friedens- Verteidigungs-, Bildungs- und Umweltpolitik der DDR und der anderen sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion. Durch Pfarrer Eppelmann wurden weitere direkte Kontakte zu Parteien und Persönlichkeiten des politischen Lebens in der BRD, Berlin-West und den USA hergestellt.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3656, Bl. 1-3

Blatt 1

Stellungnahme der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen zu oppositionellen Gruppierungen

BStU
000002

Ähnliche Gruppierungen mit feindlich-negativer Zielstellung existieren als

- "Friedenskreis" Berlin-Friedrichsfelde seit 1984, der sich besonders durch die Verbreitung pazifistischen Gedankengutes und durch Angriffe auf wichtige Teilbereiche der sozialistischen Gesellschaft darstellt.

- "Solidarische Kirche", die überregional wirkt und insbesondere auf die Unterstützung der "Kirche von unten" gerichtet ist.

- Teile "der offenen Jugendarbeit", die vor allem Jugendliche zu gewinnen sucht, die ein gestörtes Verhältnis zur sozialistischen Gesellschaft haben.

- Vertreter der Initiative "Absage an Geist und Logik der Abgrenzung"
(Bartholomäus-Kirche, Berlin-Friedrichshain)

Die Entwicklung dieser Gruppierungen ist gekennzeichnet durch:

- zunehmend verstärktes Zusammenwirken mit feindlichen Kräften des kapitalistischen Auslandes;

- verstärktes Bemühen überregionale Formen des Zusammenwirkens;

- Einbeziehung negativer Kunst- und Kulturschaffender;

- den Versuch als "Dialogpartner" des Staates in Erscheinung zu treten und sich damit zu legitimieren (verstärkter Eingabentätigkeit, Verfassung von Pamphleten, Einladungen zu Podiumsgesprächen u.a.).

Das Verhältnis von Staat und Evangelischer Kirche in der Hauptstadt kann insgesamt als stabil eingeschätzt werden. Die übergroße Mehrzahl der kirchlichen Amtsträger verhält sich loyal zum Staat.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3656, Bl. 1-3

Blatt 2

Stellungnahme der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen zu oppositionellen Gruppierungen

BStU
000003

Es gibt stabile Gesprächskontakte zwischen den Vertretern des Staates auf bezirklicher - und stadtbezirklicher Ebene und den kirchlichen Amtsträgern.
Das Wirken der Bezirksorganisation Berlin der CDU hat deutlich positive Auswirkungen, dies zunehmend in den letzten Jahren.
Durch diese staatliche und gesellschaftliche Einflußnahme konnte erreicht worden, daß die überwiegende Anzahl kirchlicher Veranstaltungen nicht durch einen politischen Mißbrauch gekennzeichnet sind.
So konnten auch eine Reihe politischer Provokationen verhindert werden, z. B. Auftritte von St. Krawczyk/Klier u. a.

In der weiteren politischen Arbeit staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte kommt es darauf an:

- verstärkt Einfluß an der kirchlichen Basis zu gewinnen (Gemeindepfarrer und Gemeindekirchenräte);
- im ständigen Gespräch mit den Synodalen zu bleiben, um sie zu ermutigen, in Vorbereitung und im Verlauf der Synoden progressiv in Erscheinung zu treten;
- durch ständige staatliche Einflußnahme auf die Kirchenleitungen den weiteren Mißbrauch der Kirche durch feindlich-negative Kräfte zu verhindern.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3656, Bl. 1-3

Blatt 3